

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Harald Terpe, Birgitt Bender, Sylvia Kotting-Uhl,
Dr. Reinhard Loske, Elisabeth Scharfenberg und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Stand der umweltmedizinischen Versorgung in Deutschland

Seit den 1970er Jahren ist der Zusammenhang zwischen schädigenden Umweltbelastungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen immer stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die umweltmedizinische Beratung und Behandlung suchen, ist deutlich gewachsen. Allerdings kritisieren viele Umwelterkrankte, dass trotz der gestiegenen öffentlichen Aufmerksamkeit die umweltmedizinische Gesundheitsversorgung noch unzureichend sei. Um dieser Kritik auf den Grund zu gehen, ist eine Bestandsaufnahme der umweltmedizinischen Versorgungsstrukturen in Deutschland erforderlich.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie sind nach Kenntnis der Bundesregierung Umwelterkrankungen definiert?
2. Welche Krankheitsbilder fallen darunter?
3. Durch welche Faktoren werden die Krankheiten hervorgerufen?
4. Wie viele behandlungsbedürftige Umwelterkrankte leben nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland?
Wie verteilen sich die Erkrankungen auf die verschiedenen Krankheitsbilder, Altersgruppen und Geschlechter?
5. Welche Zusammenhänge bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen sozioökonomischem Status und Umwelterkrankungen?
6. Wie viele Ärztinnen und Ärzte mit umweltmedizinischer Qualifikation gibt es bundesweit, und wie viele sind davon für die Behandlung von gesetzlich krankenversicherten Patientinnen und Patienten zugelassen?
7. Wie hoch ist der Anteil der Hausärztinnen und -ärzte, die über eine umweltmedizinische Qualifikation verfügen?
8. Wie hat sich die Zahl der umweltmedizinisch tätigen Ärztinnen und Ärzte seit 1991 entwickelt?
9. Wie verteilen sich diese Ärztinnen und Ärzte auf das Bundesgebiet?
10. Welche Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten gibt es im Bereich der Umweltmedizin?
11. Wie hat sich die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die diese Angebote wahrnehmen, im Zeitverlauf entwickelt?

12. Hält die Bundesregierung Weiterentwicklungen im Bereich der umweltmedizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung für erforderlich?
Wenn ja, in welchen Bereichen?
13. Auf welche umweltmedizinischen Versorgungsangebote haben Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung Anspruch?
14. Inwieweit werden Umwelterkrankungen innerhalb des DRG-Systems (Diagnosis Related Groups – Diagnosebezogene Fallgruppen) in den Krankenhäusern berücksichtigt?
15. Sind der Bundesregierung Beispiele für vernetzte Versorgungsformen bekannt, in denen auch umweltmedizinische Angebote vorgehalten werden?
Wenn ja, welche sind dies?
16. Wie viele umweltmedizinische Ambulanzen, Beratungsstellen und umweltmedizinische Zentren gibt es derzeit in der Bundesrepublik?
17. In welchen Trägerschaften befinden sich diese Einrichtungen, bzw. an welche Institutionen sind sie angebunden?
18. Welche Leistungsangebote halten sie vor, und sind dabei Angebotsdefizite festzustellen?
Wenn ja, welche sind dies, und was gedenkt die Bundesregierung zur Behebung dieser Defizite zu unternehmen?
19. Wie verteilen sich die Einrichtungen auf das Bundesgebiet?
20. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die gesetzlich Versicherten darin zu unterstützen, die aus umweltmedizinischer Sicht notwendigen Untersuchungen durchführen zu lassen?
21. Welche Modellprogramme und Pilotprojekte der Krankenkassen zur umweltmedizinischen Versorgung hat es bisher gegeben?
Welche davon sind beendet, welche laufen noch?
22. Welche umweltmedizinischen Leistungen umfassen diese Programme und Projekte bzw. haben sie umfasst?
23. Welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden, insbesondere in Bezug auf Nachweise von Zusammenhängen zwischen Umwelteinflüssen und Gesundheitsstörungen und eventuelle Behandlungserfolge?
24. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf für eine bessere Versorgungsstruktur?
Wenn ja, welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die umweltmedizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen bzw. zu verbessern?
25. Wie bewertet die Bundesregierung den Stand der Qualitätssicherung in der Umweltmedizin?
Welche Weiterentwicklungen hält die Bundesregierung ggf. für erforderlich, und welche Maßnahmen wird sie dafür ergreifen?
26. Wo sieht die Bundesregierung noch Forschungs- und Wissensdefizite mit Blick auf Diagnostik und Therapie im umweltmedizinischen Bereich, und was gedenkt sie für deren Behebung zu unternehmen?
27. Welche Schwerpunkte setzt die Bundesregierung im Rahmen der Forschungsförderung des Bundes?

Berlin, den 8. März 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion